

jung. sozialistisch.

Der Newsletter der Jusos in der SPD Dresden Ausgabe 08/11

MV

von Stefan Engel

SPD reformieren - Aber wie?

„Reform“: Was für ein geflügeltes Wort. Oft benutzt und vielfach umgedeutet. Nun soll auch unsere

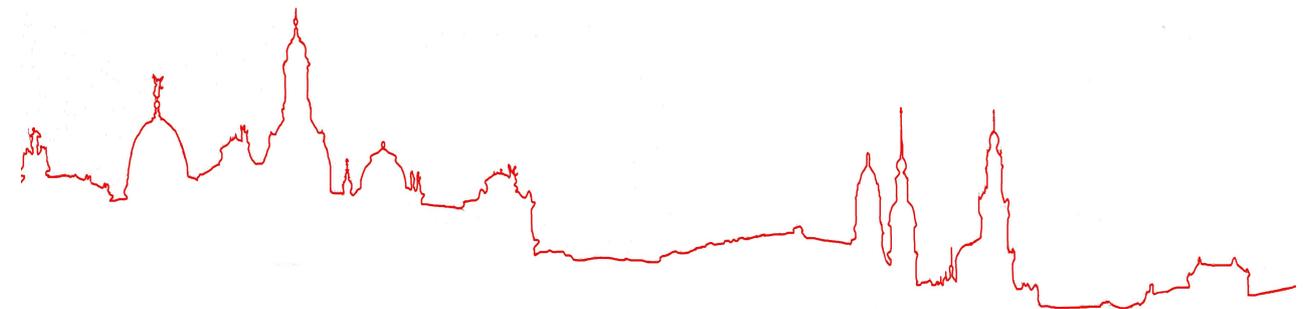


Inhaltsverzeichnis

1	MV
6	Juso des Monats
7	Die Arbeitskreise
9	Offener Brief
10	Leser_innenbriefe
14	Termine
14	Redaktion

eigene Partei, also die altherwürdige SPD, reformiert werden. Bedarf dazu gibt es sicherlich, zumindest wenn mich mein subjektiver Eindruck nicht täuscht: Insgesamt rapide sinkende Mitgliederzahlen, mangelnde Verankerung in der ostdeutschen Fläche und fehlende Kampagnenfähigkeit sind hier zunächst als Stichworte zu nennen. Die SPD scheint in ihrer Struktur immer noch auf gut eine Million Mitglieder ausgelegt zu sein (wir sind weniger eine halbe Million) und dementsprechend ist dann teilweise auch das Selbstverständnis ausgeprägt.

Um diesen etwas schwierigen Zustand zu durchbrechen scheint eine Reform dringend geboten und dementsprechend begann man sich nach der desaströs verlorenen Bundestagswahl im Willy-Brandt-Haus darüber Gedanken zu machen. Diesmal sollte es ein offener, basisdemokratischer Prozess werden, der die Mitgliedschaft mitnimmt, statt ihr eine ungewollte Reform überzustülpen. Daran wollten wir uns als Jusos Dresden natürlich auch beteiligen und dementsprechend haben wir uns jemanden eingeladen, der in dem



Reformprozess aktiv mitarbeitet und unsere Vorstellungen auch an der richtigen Stelle einbringen kann: **Sebastian Vogel**, seines Zeichens Landesgeschäftsführer der SPD Sachsen.

Zunächst muss man sich als Partei fragen, was man mit einer Reform eigentlich erreichen will. Neue (und verlorene alte??) Zielgruppen anzusprechen sollte ein Ziel sein. Aber auch die Organisationsstrukturen müssen überdacht werden, es muss professioneller und flexibler agiert werden. Mehr Beteiligungsmöglichkeiten sind ein weiteres Stichwort und letztendlich muss auch geklärt werden wer das ganze wie finanziert... Nach diesen Grundsätzen machte man sich auf einen Zeitplan aufzustellen, der nun nach und nach abgearbeitet wird. Enden soll das Ganze natürlich in einem Beschluss des Bundesparteitages, möglichst noch im Dezember dieses Jahres.

Inhaltlich gesehen lassen sich die bisherigen Vorstellungen zur Parteireform (vom Parteivorstand vorgeschlagen und in der organisationspolitischen Kommission tw. diskutiert) in folgende vier Teile gliedern:

Mitglieder/Nichtmitglieder

Im ersten Part geht es vor allem um die Frage, wie die Mitglieder, aber auch die Nichtmitglieder besser an der SPD teilnehmen und ihre Vorstellungen umsetzen können. Unsere Partei soll offen für alle Lebensphasen sein. Ob als StudentIn, SchichtarbeiterIn oder RentnerIn - jedeR sollte seinen/ihren Platz finden. Bei einer schwindenden Mitgliedschaft bekommt die Mitgliederbetreuung eine noch höhere Bedeutung. Ob hier allerdings die vorgeschlagene bundesweite Servicestelle wirklich der richtige Weg ist, muss ich allerdings bezweifeln. Warum können das nicht die Landesgeschäftsstellen machen, die deutlich näher an der Mitgliedschaft sind?

Auch die Beteiligung der Mitgliedschaft soll umfassend erweitert werden. Mitgliederentscheide, Urwahlen und Sachentscheide sollen elementare Bestandteile im Parteileben werden.

Viel umstrittener ist innerhalb unserer Partei inwieweit sich auch Nichtmitglieder an z.B. der KandidatInnenenaufstellung beteiligen dürfen. Wie es bisher aussieht, soll dies zumindest in Zukunft ermöglicht werden (auch wenn das Parteiengesetz eine Bestätigung durch Parteitage weiterhin notwendig macht).



Einige Bedingungen sollen die betreffenden „normalen“ BürgerInnen allerdings erfüllen. Einerseits sollen sie sich registrieren lassen, andererseits sollen sie auch versichern, dass sie sich mit keiner anderen Partei politisch verbunden fühlen und zumindest „SympathisantInnen“ der SPD sind. Auch an eine Kostenbeteiligung wurde gedacht (5€). Es soll aber auch in Zukunft jede Gliederung für sich selbst entscheiden, ob, wie und in welchem Umfang die Nichtmitglieder beteiligt werden. Ergänzend will man auch Elemente wie beispielsweise Bürgerparteitage oder offene Themenforen einführen bzw. ausbauen.

Führungsstruktur

Der zweite wichtige Teil der Parteireform soll sich der kompletten Führungsstruktur der Partei auf Bundesebene widmen. Die SPD als lange Zeit größte Partei Deutschlands „leistet“ sich einen der kleinsten Bundesparteitage. Dementsprechend schaut dann auch die Zusammensetzung aus: Es dominieren Abgeordnete und Hauptamtliche, ehrenamtlich Tätige sind eher die Ausnahme. Daher ist es sehr verständlich, dass die SPD nun endlich zumindest die ordentlichen (zweijährlichen) Parteitage mit mehr Delegierten durchführen will. Die außerordentlichen Parteitage werden dafür etwas kleiner.

In die andere Richtung soll es hingegen beim Parteivorstand gehen. Dieser hat bisher 45 Mitglieder und soll verkleinert werden, im Gespräch sind hier z.B. 20. Das soll die Arbeitsfähigkeit erhöhen (Beschlussfähigkeit...). Gleichzeitig soll aber auch das Präsidium verkleinert werden, wobei hier sogar eine komplette Abschaffung erwogen wurde.

Doch nicht nur die bestehenden Institutionen sollen reformiert werden, auch ein neues Gremium soll geschaffen werden: Länderrat soll das neue Kind heißen und bestehen soll es aus allerlei FunktionsträgerInnen. Ehrenamtliche werden hier keinen Platz mehr haben. Das Ganze impliziert aber auch die Abschaffung des Bundesparteirates als beratendes Gremium. Doch gerade hier sitzen oft noch „FreizeitpolitikerInnen“, die viel Zeit in Juso- oder kommunale Arbeit stecken. An diesem Punkt war die innerparteiliche Kritik auch deutlich ausgeprägt.

Vollkommen richtig soll die Parteireform auch strukturelle Probleme der SPD aufgreifen. Dazu gehören der zu geringe Anteil von Frauen und auch die zu geringe Verankerung der Partei bei den MigrantInnen. Zweifelhaft scheinen mir allerdings die vorgeschlagenen Maßnahmen: Es wird vorgeschlagen, dass bei der Bundestagswahl mindestens 40% der DirektkandidatInnen Frauen sein sollen. Hier bleibt allerdings völlig offen wie die Bundespartei das durchsetzen will.



Jeder Unterbezirk stellt bisher seine eigenen KandidatInnen auf und ist in dieser Entscheidung völlig frei. Wer legt nun fest, welcher UB eine Frau und welcher einen Mann nominieren darf? Zum Beispiel bei Landeslisten ist dies einfach zu organisieren und sehr sinnvoll, bei DirektkandidatInnen stelle ich mir das eher schwierig vor.

Ähnlich skeptisch bin ich auch bei der vorgeschlagenen MigrantInnenquote. 15 Prozent der Posten in Führungsgremien der Bundespartei sollen mit MigrantInnen besetzt werden, anderen Parteigliederungen soll das auch freistehen. Zunächst stellt sich die Frage, wer eigentlich MigrantIn ist. Welche Definition ist entscheidend und muss man unter Umständen vor der Partei Rechenschaft über seine Vorfahren abliefern? Dies wäre meiner Meinung nach inakzeptabel und würde eher an schreckliche Zeiten in der deutschen Geschichte erinnern. Auch muss man berücksichtigen, dass die örtlichen Voraussetzungen völlig unterschiedlich sind. In westdeutschen Großstädten ist der Anteil der MigrantInnen bei teilweise über 30 Prozent, in ländlichen Regionen Ostdeutschlands liegt er manchmal unter 2 Prozent.

Auch halte ich die komplette Herangehensweise für sehr schwierig: Entstanden ist die MigrantInnenquote direkt nach der Sarrazin-Diskussion. Dieser Zusammenhang erscheint mir eher unglücklich. Auch fehlen mir ein Stück weit vorhergehende Initiativen zur stärkeren Einbindung von MigrantInnen. Eine Quote sollte immer der letzte Schritt sein.

Basisstrukturen

Den dritten Punkt innerhalb der Parteireform stellt die Reform der Basisstrukturen dar. Hier muss ich aus meiner Perspektive sagen, dass mir hier viele Punkte noch sehr offen erscheinen und vage Formulierungen viel Raum zur Interpretation lassen.

Zunächst sollen die Unterbezirke „neue Verantwortung“ bekommen. Es ist die Rede von Innovationsförderung und umfassender Analyse der Ortsvereine. Auch die UB-Vorsitzenden-Konferenz soll nun regelmäßig stattfinden und zum Erfahrungsaustausch dienen.

Die vorgesehene Stärkung der Ortsvereine geht in die richtige Richtung. So ist vorgesehen für Ehrenamtliche Informationen leichter zugänglich zu machen und kleine Ortsvereine von bürokratischen Aufgaben wie Kassenberichten zu entlasten.

Aus sächsischer Perspektive muss man die Festlegung einer Mindestgröße kritisch sehen. Viele Ortsvereine haben keine 20 zahlenden Mitglieder und decken trotzdem schon gewaltige Flächen ab.



Hier noch weiter zusammenzulegen kann nicht die generelle Lösung sein. Eher muss man betrachten, ob die Ortsvereine noch politikfähig sind und ob noch funktionierende Strukturen vorhanden sind.

In der heutigen Zeit ist der gesellschaftliche Dialog auch außerhalb der Partei immer wichtiger. Hier sollen sogenannte Themenforen geschaffen werden, die auch Rede- und Antragsrecht erhalten. Dabei sollen auch Nichtmitglieder voll mitwirken können. Welche Aufgaben dann allerdings noch bestimmte Arbeitsgemeinschaften haben sollen, wird mir nicht ganz klar. Warum kann man diese absolut richtige Zielsetzung nicht im Rahmen der schon bestehenden Arbeitsgemeinschaften umsetzen? Dazu würde auch die Einführung von sogenannten „Nur-AG-Mitgliedschaften“ passen, wie sie es ja bei den Jusos schon gibt.

Weiterhin sollen die Befugnisse der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) erweitert werden und es soll auch sogenannte Organizer geben, die für spezielle Projekte vor Ort die GenossInnen unterstützen.

Mehr Wert soll zudem auf die innerparteiliche Weiterbildung gelegt werden, so ist auch eine Online-Akademie für Nachwuchskräfte geplant. Wie das ausschauen und funktionieren soll ist noch nicht bekannt.

Finanzen

Nach all diesen mehr oder weniger sinnvollen Vorschlägen steht am Ende immer die Finanzierungsfrage. Bei sinkenden Mitgliederzahlen und wenig berauschenden Wahlergebnissen steht tendenziell weniger Geld zur Verfügung und auch durch den Kauf von Kreuzfahrtschiffen lässt sich dies nicht voll ausgleichen ;-)

Es ist so unter anderem von einer „neuen solidarischen Lastenverteilung“ die Rede. Wer von dieser neuen Solidarität nun profitiert bleibt die Frage. Deutlich konkreter ist da schon der neu zu schaffende „Innovationsfond“, der - aus Beiträgen finanziert - besonders innovative Ideen innerhalb der Partei prämiieren soll. Eine gewisse Skepsis habe ich aber, denn ein ländlicher Unterbezirk in Sachsen wird diesen Preis sicherlich nicht gewinnen.

Und zu allerletzt will die Partei auch eine neue Beitragstabelle einführen, die auch ausreichend Raum zur Selbsteinstufung bieten soll. Für Abgeordnete und andere finanziell Profitierende soll es eine spezielle Tabelle geben.



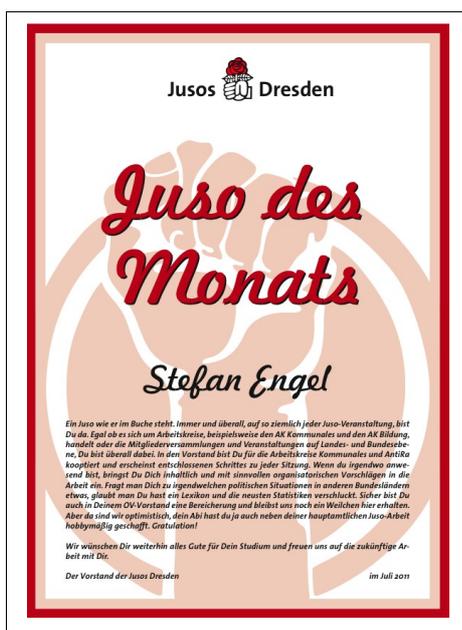
Zusammenfassend lässt sich aus meiner Sicht festhalten, dass diese Reform viele richtige Ideen enthält und vielleicht wieder ein bisschen Schwung in die Partei bringt. Umstrittene Punkte müssen von uns allen weiter diskutiert werden und hoffentlich kommen wir am Ende dieses Reformprozesses zu einer befriedigenden Lösung.

stefan.engel.dd@googlemail.com

Juso des Monats Juli: Stefan Engel

vom Unterbezirksvorstand

Ein Juso wie er im Buche steht. Immer und überall, auf so ziemlich jeder Juso-Veranstaltung, ist er da. Egal ob es sich um Arbeitskreise, beispielsweise den AK Kommunales und den AK Bildung, handelt oder die Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen auf Landes- und Bundesebene, er ist überall dabei. In den Vorstand ist er für die Arbeitskreise Kommunales und AntiRa kooptiert und erscheint entschlossenen Schrittes zu jeder Sitzung. Wenn er irgendwo anwesend ist, bringt er sich inhaltlich und mit sinnvollen organisatorischen Vorschlägen in die Arbeit ein. Fragt man ihn zu irgendwelchen politischen Situationen in anderen Bundesländern etwas, glaubt man er



habe ein Lexikon und die neusten Statistiken verschluckt. Sicher ist er auch in seinem OV-Vorstand eine

Bereicherung und bleibt uns

noch ein Weilchen hier erhalten. Aber da sind wir optimistisch, sein Abi hat er ja auch neben seiner hauptamtlichen Juso-Arbeit hobbymäßig geschafft.

Gratulation!

Stefan, wir wünschen Dir weiterhin alles Gute für Dein Studium und freuen uns auf die zukünftige Arbeit mit Dir.



Arbeitskreise

Mehr als der 13. Februar - der AK AntiRa plant

von *Olaf Walther*



In letzter Zeit lief der AK AntiRa leider nicht so gut, wie es wahrscheinlich erwartet wurde und wie wir es selbst erwartet haben. Daher wollen wir gemeinsam mit Euch die Planung für das nächste halbe Jahr festziehen und die Ausrichtung des Arbeitskreises auf den Prüfstand stellen. Hierzu werden wir uns nach der Sommerpause am 30. August, 18.30 Uhr wahrscheinlich in der Genossenschaft zu einem Koordinierungs- und Planungstreffen einfinden. Unter anderem planen wir auch "aktionistischere" Treffen und ein klein wenig Referent_innen-"Prominenz".

Auch wenn es in Dresden nicht einfach ist und wir dieses Thema sicher nicht umgehen werden, so ist doch der 13. Februar nur ein Teil des Themenbereiches. Also lasst uns wissen, was für Euch wichtig an der AntiRa-Arbeit ist, was Euch täglich bewegt oder wozu Ihr gern mehr wissen wollt.

Ab September werden wir dann wieder im regelmäßigen Turnus (jeweils der zweite Dienstag im Monat) fortfahren und das Erarbeitete umsetzen. Hierzu folgen aber natürlich noch einige Einladungen über diverse Verteiler. Wer sich ebenfalls am AK AntiRa beteiligen will oder vielleicht nur auf dem Laufenden gehalten werden möchte, kann sich per E-Mail an pmueller1993@gmx.de in den AK-Verteiler eintragen lassen oder einfach am 30.8. zum Treffen erscheinen.

AK Kommunales

von *Stefan Engel*

Hiermit möchte ich euch jetzt schon zur nächsten Sitzung des Arbeitskreises Kommunales einladen. Wir werden am **Montag, den 5. September ab 19:00 Uhr Albrecht Pallas** zu Gast haben. Er ist Stadtrat, Ortsvereinsvorsitzender von Plauen und zugleich auch Sprecher für Umwelt, Ordnung und Sicherheit in der Stadtratsfraktion.



Themen zum Diskutieren wird es reichlich geben, wenn ihr schon konkrete Vorstellungen habt, meldet euch einfach bei mir. Eine ordentliche Einladung wird noch rechtzeitig rausgehen. Bis dahin einen schönen Sommer und ich freue mich euch dann zahlreich begrüßen zu dürfen (voraussichtlich in der Genossenschaft). Für Knabbereien wird von meiner Seite gesorgt sein.

stefan.engel.dd@googlemail.com

Arbeitskreisvernetzung

von Hannah Gilles



Am 29. Juni haben sich die Sprecherinnen*, Stellvertreterinnen* bzw. Interessierten aller Dresdner Arbeitskreise getroffen und ausgetauscht. In Kartenreferaten stellten sie sich gegenseitig vor, wie es in ihren Arbeitskreisen zur Zeit läuft, wieviele Jusos und Gäste die Veranstaltungen besuchen, wie die Stimmung ist, was thematisiert wird und auf welche Weise. Aber auch wo es ihrer Meinung nach noch hängt und was davon man mit Vernetzung angehen kann und was sie sich vom Vorstand wünschen.

Heraus kam, dass es im AK Internationales, im AK Theorie und Geschichte und in der JHG super läuft, in den anderen Arbeitskreisen gerade eher stagniert oder gar ganz frustrierend aussieht. Es wurde fleißig diskutiert, woran das liegen könnte und ob der UB vielleicht sogar ein zu großes Arbeitskreisangebot besitzt. Letzteres wurde breitflächig negiert. Trotzdem wurde der Punkt ein wenig einzuschränken gern aufgegriffen: Möglichst viele Themen sollen als vernetzte Veranstaltung organisiert und somit zwei Arbeitskreise für einen Monat zusammengelegt werden.

Viele Vertreterinnen* sprachen an, sich noch nicht sicher genug in Moderation und Organisation zu fühlen und beauftragten den Vorstand ein Methoden-Kurzseminar zu organisieren. Von Seiten des Vorstandes wird bald eine Abfrage kommen, wann Interessentinnen* Zeit dafür haben.

Desweiteren wurde diskutiert, wie wir mehr Transparenz im Verband schaffen können. Es kamen Ideen auf, wie zum Beispiel die Protokolle bzw. Newsletterberichte zu archivieren und auf der Homepage oder in einem Wiki dauerhaft zugänglich zu machen.



Aber auch längerfristig an einem Feedbacksystem (im UB Dresdenallgemein) zu arbeiten. Alle Teilnehmenden waren sich darüber einig, eine solche Veranstaltung einmal pro Quartal zu wiederholen und sich dann noch mehr über die AK-spezifischen Themen und Erfahrungen auszutauschen. Aber auch ähnliche Diskussionen sollen unbedingt noch einmal in einer Mitgliederversammlung oder einem ähnlichen Rahmen geführt werden, in der Hoffnung mehr "nur"-Basismitglieder dabei zu haben. Wir brauchen Euch, um herauszufinden, was falsch läuft und was anders laufen muss!

Natürlich seid Ihr jetzt schon herzlich eingeladen Euch einzumischen, mitzumischen, zu kommentieren und zu kritisieren. Raum dafür bieten dieser Newsletter, die stets offenen(!) Vorstandssitzungen, Arbeitskreistreffen, Mitgliederversammlungen, der Juso-Brunch, die nächste AK-Vernetzungs-Veranstaltung und auch der Mailverteiler kann gerne für Diskussionen genutzt werden!

Das Protokoll der AK-Vernetzungs-Veranstaltung steht Euch auf der Homepage unter <http://www.jusos-dresden.de/index.php?mod=download&ansicht=1118&menu=103> zum Download zur Verfügung.

Bei Fragen oder Anmerkungen könnt ihr euch gern an mich wenden: hannahbildung@gmx.de

(* gemeint ist natürlich auch immer die männliche Form)

Offener Brief an die norwegischen Jusos

Solidarität mit Norwegen

Kjære Kamerater,



ute av fatning mætte vi se in nyheterne, med hvilket feig attentat organisasjonen og hele landet deres har blit konfrontert. Vi føler opriktig med dere. Vi er dypest rystet. Dere, familiene deres og ofrenes parøende stær



ikke alene i disse pinefulle dager. Vi er, som dere, en del av den internasjonale sosialistisk familien, som står sammen – næ og bestandig. Vi vil kondolere og sender vær dypeste medfølelse. Hvis det fins noe vi kunne gjøre, vi vil ikke utelate noe æ hjelpe eller trøste dere. Vi skal være der til dere! Næ i sorgens stund og senere. Dere er alltid invitert æ kommer for besøk til Dresden og vi vil alltid understøtte dere.

ungdommer av JUSOS, den tysk sosialdemokratiske partiets ungdomsorganisasjon (Dresden, Tyskland)

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit Fassungslosigkeit mussten wir in den letzten Stunden in den Nachrichten verfolgen, mit was für einem feigen Anschlag Eure Organisation und Eurer ganzes Land konfrontiert wurde. Wir nehmen hier in Dresden in Deutschland aufrichtig Anteil an dem Euch zugefügten Leid und sind zutiefst erschüttert. Ihr, Eure Familien und die Angehörigen der zahlreichen Opfer seid in diesen bitteren Stunden nicht allein. Wir begreifen uns, genauso wie ihr als Teil der internationalen sozialistischen Familie, die immer und besonders in diesen so grausamen Stunden zusammensteht. In diesem Sinne übersenden wir Euch diese Beileidsbekundung und lassen nichts unversucht Euch zu trösten. Wir sind für Euch da! Jetzt, in dieser Stunde und auch später. Ihr seid jederzeit herzlich eingeladen uns in Dresden zu besuchen und wir werden Euch immer unterstützen.

Die JungsozialistInnen des Unterbezirks Dresden (Deutschland)

Leser_innen-Briefe

Die "neue" Gemeinschaftsschule

von Sebastian Storz

Was soll man/frau vom neuen Gemeinschaftsschulkonzept unserer Fraktion halten? Zu allererst eine kurze Zusammenfassung, der wichtigsten Fakten:

***Die wohnortnahe Schule:** Das neue Konzept ermöglicht, dass eine Klasse pro Jahrgang genügt. Schulschließungen werden vermieden.*



Der ländliche Raum geht als Schulstandort nicht verloren. Bildungschancen bleiben somit allen SchülerInnen erhalten, ohne lange Fahrtwege!

> Das ist gut! Die Schulflucht aus dem ländlichen Raum muss gestoppt werden. Schulwege müssen so kurz wie möglich sein.

Schule mit eigenem Budget: *Die Schule wird zur Ganztagschule. Laut dem neuen Konzept werden die Gemeinschaftsschulen mit dem nötigen Budget ausgestattet, um beispielsweise SchulsozialarbeiterInnen an die Schulen zu bringen. Die Eigenverantwortung der Schulen wird gestärkt!*

> Das ist gut! Nur LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern wissen um die Lebenssituationen vor Ort und somit ist es folgerichtig den Schulen ein eigenes Budget und mehr Verantwortung zu geben.

Die inklusive Schule: *Innerhalb von 10 Jahren sollen die Schulen barrierefrei und behindertengerecht werden. Jedes Kind wird den Förderbedarf erhalten, den es braucht. Gerade den Kindern mit Behinderung werden hier endlich die Bildungschancen ermöglicht, die ihnen auf Förderschulen oft verwehrt blieben.*

> Das ist gut! Wenn auch eine schnellere Umsetzung wünschenswert ist, so ist doch die bisherige Regierungsarbeit der CDU ins Feld zu führen, die auf diesem Gebiet NICHTS gemacht hat und somit ist es kurzfristig nur schwer umsetzbar!

Schule nah an der Praxis: *Die Gemeinschaftsschule stellt den SchülerInnen eine umfassende Berufs- und Studienberatung zur Verfügung. Praktika sollen ausgebaut werden, damit SchülerInnen einen Einblick in soziales, wissenschaftliches und wirtschaftliches Arbeiten bekommen und auf ihre Zukunft vorbereitet werden!*

> Das ist gut! Die Jusos treten seit jeher dafür ein, dass Schule kein Ort abstrakter Wissensvermittlung ist. Nur eine gute Studien- und Berufsberatung kann die Abbruchquoten senken.

Gleichwertiger Weg zum Abitur: *Neben der Gemeinschaftsschule soll das Gymnasium weiterhin bestehen bleiben. Die Gemeinschaftsschule soll auch zum Abitur führen!*

> Das ist schlecht! Wir Jusos verstehen die Schule seit jeher als Ort der Bildung. Bildungschancen für jeden und jede machen unsere Gesellschaft erst zu der, die sie heute ist - die Wissensgesellschaft. Man/Frau muss nur aufmerksam hinschauen um festzustellen, dass wir in Deutschland immer mehr Menschen mit guter Bildung brauchen. Die Voraussetzungen dafür sind ein breiter Bildungszugang für alle. Der Weg muss aber gemeinsam gegangen werden. Die SchülerInnen dürfen nicht frühzeitig getrennt werden, denn dadurch werden Lebensläufe vorbestimmt.



Empirisch ist erwiesen, dass gerade SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten durch möglichst langes gemeinsames Lernen von einer Auffächerung ihrer Abschlussmöglichkeiten profitieren. Die Trennung in Gemeinschaftsschule und Gymnasium wird vor allem in urbanen Gegenden dafür sorgen, dass die Gemeinschaftsschule ein Ort für die bildungsfernen Schichten wird. Somit wird unser Ziel verfehlt, dass wir Jusos Stigmatisierungen verhindern wollen. Als Argument wird der in Deutschland schwelende Schulstreit angeführt. Von Hamburg soll man lernen. Schon richtig, in Ostdeutschland leben wir aber mit der komfortablen Situation, dass die Eltern selbst noch gemeinsam gelernt haben. Es ist statistisch nachgewiesen, dass gemeinsames Lernen in Sachsen eine große Akzeptanz vorzuweisen hat. Also warum sollten wir unser Ideal verraten?

Daneben gibt es eine Reihe offener Fragen. Wenn beide Schultypen nach 12 Jahren enden, muss eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse gegeben sein. Das würde heißen, gleiche Lehrpläne zu gestalten. Ergibt es dann nicht mehr Sinn die gleichen Inhalte an einer Schule zu lehren? Angenommen dieses Defizit soll mit unterschiedlichen Kursen mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden abgebaut werden, dann müssen junge Schüler schon entscheiden, ob ihr Ziel das Abitur sein soll. Das baut Druck auf, der beim Lernen vermieden werden sollte. Bildungsempfehlungen werden überflüssig. Doch wie wird bei 2 Schulen vermieden, dass nicht doch danach gefragt wird, welche Schule besser für den/die SchülerIn ist.

„Beste Bildung für alle“ sollte die Maxime guter Bildungspolitik sein, egal aus welcher sozialen Schicht jemand kommt. Unsere Antwort ist die Gemeinschaftsschule ohne die Koexistenz der Gymnasien!

(http://spd-fraktionsachsen.de/sites/default/files/downloads/handout_gemeinschaftsschule.pdf)

Inklusionsresolution

von Hannah Gilles

Ich möchte die Chance nutzen, Euch auf die Inklusionsresolution hinzuweisen, die wir auf der letzten Unterbezirkskonferenz beschlossen haben. Darin steht die Forderung nach der



uneingeschränkten Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), sowie eine Definition des von jedem zurechtgerückten Begriffes "Inklusion", die sich stark an Grundsatzforderungen der UN-BRK hält.



Nach dieser Resolution werden wir uns großflächig in unserer politischen Arbeit bemühen, Barrieren zu beseitigen oder anzugreifen, die den "volle[n] und gleichberechtigte[n] Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten", sowie "die Achtung der [den Menschen] innewohnende[n] Würde" (Art. 1 der UN-

BRK) einschränkt oder verhindert. JedeR muss die Möglichkeit haben sich frei zu entfalten! Dabei sollte die Gesellschaft nicht als Katalysator einer Behinderung wirken. Soll heißen: wir müssen besonders dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen nicht noch künstlich von gesellschaftlichen Barrieren behindert werden.

Daher folgen in der Resolution, nach einer Aufzählung an Grundsätzen und einer Selbsterklärung für wen wir Politik machen, vier ausführlichere Punkte: die Forderung nach einem inklusiven Schulsystem und wie dieses aussehen soll

(1.), die Forderung der Beseitigung physischer Barrieren mit einer Aufzählung an Beispielen (2.), eine Selbstverpflichtung inkludierend zu werden (3.) und eine Stellungnahme zu behinderten Menschen in der Gesellschaft (4.).

Ich möchte Euch noch einmal besonders auf den 3. Unterpunkt hinweisen: Wir haben uns mit diesem Punkt das Ziel gesetzt alternative, barriere-reduzierte Tagungsorte bereit zu halten um behinderten Menschen den Zugang zu unseren Veranstaltungen



zu ermöglichen. Sollte Bedarf einer behinderten Person bestehen, wollen wir zu einem solchen Sitzungsort wechseln. Politische Partizipation behinderter Menschen wollen wir auch dadurch erreichen, dass wir eine barrierefreie Homepage anstreben, uns um eine "leicht zu verstehen[de] und zu handhaben[de]" Sprache bei Veranstaltungen bemühen, indem wir uns nach Möglichkeit einer schlichten Wortwahl bedienen, Begriffe erklären und Abkürzungen vermeiden. Das hilft nicht nur Behinderten, sondern schadet sicher auch nicht unserer Kommunikation.

Wir sehen Inklusion als ein wesentliches Ziel unserer politischen Arbeit und wollen sie dauerhaft thematisieren "um die Barrierefreiheit in unserem Denken zu erreichen"! Diese Resolution wird zur Landesdelegiertenkonferenz am 11. September weitergeleitet, um dort hoffentlich auch für die Jusos Sachsen beschlossen zu werden.



Ich bitte Euch um **Eure Hilfe**: bitte lest die Resolution, kommentiert und kritisiert, ergänzt und macht Änderungsvorschläge! Ich möchte, dass wir als Jusos Sachsen eine Resolution zum Thema verabschieden, mit der wir alle zufrieden sind und uns als Verband identifizieren können. Ich bin dankbar über jede Hilfe dazu!

Bei Fragen oder Anmerkungen meldet euch gern bei mir unter hannah-bildung@gmx.de oder über den Juso-DD-Verteiler.

Die Resolution findet ihr im Beschlussbuch (<http://www.jusos-dresden.de/index.php?mod=download&ansicht=1116&menu=103>) auf den Seiten 19 bis 21.

Termine

04. August 2011, 19 Uhr Antragsüberarbeitung, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20)

05.-07. August 2011, LAK Wochenende, Oberau

11. August 2011, 19 Uhr AK Netzpolitik, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20)

30. August 2011, 18:30 Uhr AK AntiRa, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20)

05. September, 19Uhr AK Kommunales, Genossenschaft (Prießnitzstraße 20)

Redaktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Newsletter an sich und auch sein Layout befinden sich in einem dynamischen Prozess der Neu-, Um- und Verstrukturierung. Wenn ihr Anmerkungen, Kritik, LeserInnenbriefe, Verbesserungsvorschläge oder andere Sachen habt, die ihr loswerden möchtet, so richtet diese bitte an uns unter hannah-bildung@gmx.de oder vincentdrews@googlemail.com oder ruft an unter 015778958133 oder 016093721104! Auch eure Mitarbeit in der Redaktion des Newsletters ist gern gesehen!

Mit jungsozialistischen Grüßen, Hannah und Vincent



**Redaktionsschluss
nächster Newsletter:
29. August 2011**

